

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

### 14 Bildungsziele für 2005

Auf der Jahresabschlusskonferenz des Erziehungsministeriums fasste Minister Zhou Ji am 19. Dezember die Ziele für 2005 zusammen, die im Rahmen des „wissenschaftlichen Entwicklungskonzepts“ angestrebt werden sollen:

- Der „Entwicklungsplan für die Erziehung bis 2020“ soll fertig gestellt werden ebenso wie der Stellenplan für den Erziehungsbereich. Auf dieser Basis sollen dann die konkreten Reform- und Entwicklungsaufgaben für die nächsten fünf Jahre festgelegt werden.
- Die „Qualitätserziehung“ soll verbessert werden, zu der auch die „moralische Erziehung“ gehört.
- Oberste Priorität soll weiterhin die Erziehung auf dem Lande behalten. Ab 2005 wolle man sich vor allem der Konsolidierung der Pflichtschulausbildung in den mittelchinesischen Dörfern zuwenden.
- Die Berufsausbildung soll reformiert und weiterentwickelt werden, dazu gehöre die Steigerung der Aufnahme von Schülern in den mittleren Berufsschulen. Dem Ziel, die Zahl der mittleren Berufsschulen der Anzahl der allgemeinen oberen Mittelschulen anzugleichen, wolle man näher kommen.
- Die Qualität der Hochschulausbildung, die wissenschaftliche Innovationsfähigkeit der Forscher und deren Dienstleistungsniveau für die Gesellschaft sollen erhöht werden.
- Das System der Bildungsfinanzierung soll weiter verbessert werden, wobei die Hauptlast bei der Regierung bleibe.
- Schließlich soll die Bildungsgerechtigkeit gesteigert werden, und zwar durch die Lösung der drängendsten Probleme: Arbeitsplätze für die Absolventen, Stopp der willkürlichen Gebühren, Hilfe und Unterstützung für Studenten aus

armen Familien, Sicherheit auf und im Umkreis der Schulgelände.

**ARBEITSPLÄTZE FÜR ABSOLVENTEN**  
Die Vermittlung von Hochschulabsolventen steht auf der Prioritätenliste der Bildungsverantwortlichen ganz oben. Das machte Erziehungsminister Zhou Ji auch in einem Beitrag für die *Guangming Ribao* (15.12.04) deutlich. Nach seinen Angaben schlossen 2004 2,8 Mio. Studenten ihr Studium ab (680.000 mehr als im Vorjahr); von diesen konnten bis Anfang September 2,04 Mio. bzw. 73% vermittelt werden, 560.000 mehr als im Vorjahr. Für 2005 wird mit einer weiteren Zunahme der Absolventen um 580.000 auf 3,38 Mio. gerechnet, also 20,7% mehr als in diesem Jahr, womit die Bereitstellung von ausreichenden Arbeitsplätzen noch dringender wird.

Als beschäftigungspolitischen Kurs gab Zhou die Parole an: „Der Markt gibt die Richtung vor, die Regierung reguliert und kontrolliert, die Hochschulen empfehlen, Studenten und Arbeitgeber wählen einander aus“. Zur Verdeutlichung führte er an, dass es Aufgabe der Regierung sei, die Rahmen- und Systembedingungen zu schaffen, dass aber die gesamte Steuerung vom Markt, d.h. vom gesellschaftlichen Bedarf auszugehen habe – dies schließe auch die Reform des Erziehungswesens und der Hochschulen selbst ein.

Im Rückblick auf 2004 fasste er einige Erfahrungen zusammen, die auch bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderung zu berücksichtigen seien. Erstens haben die Partei- und Staatsführungen von der obersten bis zur lokalen Ebene dem Problem höchste Beachtung geschenkt; so wurden in 30 Provinzstädten, über 200 Distriktstädten und über 500 Kreisen Koordinationsmechanismen der Leitungen eingerichtet. Wichtig sei Zweitens die enge Kooperation der insgesamt 10 betroffenen Ministerien und Kommission gewesen, darunter die Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission, das Finanzministerium, das Ministerium für öffentliche Sicherheit, das Personalministerium, das Arbeits- und Sozialministerium, das Ministerium für Zivilangelegenheiten, die Volksbank und der Jugendverband. Während man 2003 sich noch auf gemeinsamen Konferenzen

absprach, wurde 2004 eine Interministerielle Verbindungskonferenz eingerichtet. Drittens haben die Hochschulen selbst Verantwortung übernommen, indem sie die Hochschulreform vorantrieben und sich dabei am gesellschaftlichen Bedarf orientierten. Viertens wurde ein nationales Beschäftigungsinformationssystem errichtet, dem inzwischen über 90% aller Einrichtungen des Grundstudiums angeschlossen sind; dieses habe auch die Informatisierung der Jobvermittlung insgesamt beflügelt. Und schließlich haben fünftens alle lokalen Regierungen und Hochschulen entsprechend der konkreten Bedingungen kreativ selbst neue Wege gesucht.

Für 2005 forderte Zhou, dass die Vermittlungsrate keinesfalls unter der von 2004 liegen dürfe. Dies sei – nach Prüfung aller Bedingungen – ein realistisches Ziel. Dieses war von ihm zuvor bereits am 10. Dezember auf einer Arbeitskonferenz über die Anstellung von Absolventen allgemein bildender Hochschulen im Jahre 2005 ausgegeben worden. Hier forderte er eine „unbehinderte Anstellung“ (*wuzhang'ai jiuye*), um schließlich Vollbeschäftigung für Hochschulabsolventen zu erreichen. Als neue Maßnahmen gab das Erziehungsministerium bekannt, es wolle Teile der Stipendien- und Unterstützungsfonds nutzen, um Absolventen zu fördern, die zur Aufnahme von Tätigkeiten in „schwierigen Regionen und strapaziösen Branchen“ bereit seien; die Förderung freiwilliger Arbeitsaufnahme in Westchina wolle man fortsetzen. Weiterhin wolle man die Vermittlung von Absolventen in Verbindung mit den Immatrikulationszahlen zum Bewertungskriterium von Hochschulen machen. Würde zwei Jahre nacheinander eine 50%ige Vermittlungsrate nicht erzielt, solle eine Hochschule stärker kontrolliert werden, bliebe sie drei Jahre nacheinander unter 30%, dann würde die Aufnahme neuer Studenten gestoppt.

Auch das Personalministerium schaltete sich aktiv in die Vermittlungsbemühungen ein. Der stellvertretende Minister Dai eröffnete am 1. Dezember die zweite nationale Woche der Talentmärkte für Hochschulabsolventen (als „Talente“ werden Fach- und Führungskräfte bezeichnet). In dieser Woche sollten sich alle lokalen Personalbüros, Talentzentren, Talentmärkte, Talent-



Informationsstellen und Absolventen-informationsstellen gemeinsam um die Vermittlung bemühen. Geplant war, vor Ort über 90 Vermittlungsbörsen und über 120 Vernetzungsveranstaltungen durchzuführen, auf denen die Arbeitgeber ihre freien Stellen bekannt machen können, den Planungen zufolge über 34.000. Die Teilnahme war für die Absolventen kostenlos; und das Ministerium wollte die Rechtmäßigkeit der einzelnen Vorgänge kontrollieren.

Eine mögliche Erklärung für die Probleme der Hochschulabsolventen, eine Anstellung zu bekommen, versuchte ein Journalist der *Volkszeitung* mit einer Untersuchung in Shenzhen zu finden. Danach fehlen unter den Absolventen vor allem technische Spitzenkräfte (*gao jineng rencai*); hier seien viele Arbeitsplätze noch unbesetzt, die mit Gehältern von 6-8.000 Yuan im Monat honoriert werden. Dieser Mangel an hochqualifizierten Technikern sei ein nationales Problem und sei bereits zum Nadelöhr der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung geworden, das Chinas Position im internationalen Wettbewerb schwäche. Allein in Shenzhen konnten nach einer Untersuchung der städtischen Organisationsabteilung bei 7.400 benötigten nur 1.100 entsprechend ausgebildete Personen gefunden werden. In ganz China haben von den insgesamt über 70 Mio. Technikern (*jishu gongren*) nur 4% eine hohe Qualifikation, in entwickelten Ländern liege dieser Anteil bei 35%. Verantwortlich dafür seien die Hochschulen ebenso wie die zuständigen Regierungsstellen, aber auch die Studenten und ihre Familien. Generell folge man immer noch dem Bildungsideal des Universalgelehrten (*tongcai*), der wissenschaftliche und theoretische Kenntnisse, aber keine praktisch-technischen Fertigkeiten beherrsche. Die Lehrpläne seien darauf ausgerichtet, auch die Lehrenden seien nicht befähigt, technische Kenntnisse zu vermitteln. Die Hochschulen folgten den Anforderungen der Familien und Studenten, die Magisterabschlüsse und Promotionen anstrebten, aber nicht dem Bedarf des Marktes. Auch die zuständigen Stellen würden mit ihren Finanzierungsentscheidungen falsche Signale setzen, technisch bildende Berufshochschulen hätten häufig finanzielle Probleme und Schwierigkeiten, Studenten zu finden.

#### WILLKÜRLICHE GEBÜHREN

Nach Angaben der interministeriellen Verbindungskonferenz ist die Summe der willkürlich erhobenen Gebühren aufgrund der Maßnahmen der Regierung im Jahre 2004 bereits zurückgegangen. Dies habe eine Untersuchung in den Monaten August bis November in 12 Provinzen gezeigt. Nicht nur die Beschwerden aus der Bevölkerung haben um 36% von 1.857 auf 1.043 abgenommen, auch die bei Besuchen in 21 Hochschulen, 62 Mittel- und 60 Grundschulen ermittelte Summe der willkürlichen Gebühren sei mit 475 Mio. Yuan (57,4 Mio. US\$) weit geringer als im Vorjahr (853 Mio. Yuan). Im Pflichtschulbereich mache sich hier die Kampagne zur Einführung eines „einheitlichen Gebührensystems“ (*yifeizhi*) bemerkbar, im öffentlichen Hochschulbereich zeigten die Verordnungen zur Einschränkung der Schüler, die ihre Schule „selbst suchen“ (*zexiaosheng*) und denen höhere Gebühren abverlangt werden, ihre Wirkung (vgl. C.a., 2004/7, Ü 13).

HILFE FÜR BEDÜRFTIGE STUDENTEN  
Bildung für bedürftige Studenten, vor allem aus den armen Gebieten West- und Mittelchinas und vom Lande, gilt als eine der wesentlichen Maßnahmen, um die sich vergrößernde regionale und soziale Einkommens- und Entwicklungsschere wieder etwas zu schließen. Dementsprechend hat die Regierung verschiedene Hilfsmaßnahmen beschlossen. So wurden 24 Mio. Pflichtschülern in den Dörfern Westchinas zusätzliche Schul- sowie Lehrmittelgebühren erlassen und Zuschüsse für Wohnen und Lebensunterhalt gewährt (*liang mian yi bu*) und für Hochschulstudenten aus bedürftigen Familien wurden zinsgünstige Kredite und Risikofonds eingerichtet. In Shanghai wurden daraufhin Kreditmittel in Höhe von 270 Mio. Yuan freigegeben, um 45.000 Studenten in öffentlichen und privaten Hochschulen sowie in den von Wirtschaftsverbänden betriebenen Berufshochschulen zu unterstützen. Die armen Studenten und die in besonderen Schwierigkeiten nehmen hier derzeit Anteile von 16,1% bzw. 7,8% ein. (RMRB, 2., 11., 14., 20.12.04; GMRB, 11., 15., 17.12.04; XNA, 17.12.04) -gs-

#### 15 Probleme bei der „Talentförderung“

Ende 2003 wurde die seit längerem verfolgte Strategie der vermehrten Ausbildung qualifizierter Fachkräfte durch neue Impulse verstärkt. Eine erste nationale Tagung zur Talentförderung – mit *rencai*/Talent werden qualifizierte und i.d.R. akademisch gebildete Fach- und Führungskräfte bezeichnet – forderte unter der Parole „Talente machen den Staat stark“ (*rencai qiang guo*) deren gezielte Förderung, um Chinas internationale Position in Wissenschaft und Technik zu stärken (C.a., 2003/12, Ü 13).

Ein Jahr darauf wiesen bilanzierende Beiträge in der *Volkszeitung* darauf hin, dass diesem Ziel noch wesentliche administrative Schranken im Wege stehen. So sind für die Ausbildung und den Einsatz der Talente nicht nur verschiedene Partei- und Regierungsstellen verantwortlich (wie die Organisationsabteilung der Partei oder das Personalministerium), die Fachkräfte werden auch in den einzelnen Regionen, in Stadt oder Land, in den Branchen, in Unternehmen und Institutionen oder in Einheiten unterschiedlichen Eigentums, aber auch entsprechend ihrem Beschäftigungsstatus (Kader, Angestellter) nach verschiedenen Kriterien erfasst und uneinheitlich verwaltet. Dementsprechend fehlt es segmentübergreifend an einheitlichen Informationen über die Menge, Verteilung und Struktur, Mobilität, Qualifikation oder den Einsatz der verfügbaren Fachkräfte. Um diese Statusgrenzen und engen administrativen Rahmen zu überwinden, soll ein einheitliches statistisches System eingerichtet werden, das einheitliche Kategorien und einheitliche Indices verwendet. Zu den bisherigen Gruppen der Fach- und Führungskräfte in Partei- und Regierung (*dangzhen rencai*), in der Unternehmensgeschäftsführung (*qiye jingying guanli rencai*), in der Verwaltung von Institutionen (*shiye danwei guanli rencai*) und des technischen Fachpersonals (*zhuanye jishu*) sind noch die Gruppen der technischen Fachkräfte (*jishu rencai*) und der in der Landwirtschaft genutzten Fachkräfte (*nongcun shiyong rencai*) hinzugekommen – als Ausdruck des erweiterten Einsatzes von Talenten.



Eine weitere Reformbemühung geht in die Richtung der öffentlichen Ausschreibung von Stellen für diese Kräfte und deren nach außen transparenten Anstellung im Wettbewerb (*jingzheng shanggang*). Hier wollen Partei, Regierung und Institutionen in diesem Jahr einen weiteren Schritt vorankommen. Verwaltungs- und Managementpersonal in den zentral geführten öffentlichen Unternehmen sollen ab 2005 in zumindest der Hälfte der Fälle nach diesen Verfahren gefunden werden. In den Institutionen (*shiye danwei*, zu denen alle öffentlichen und halböffentlichen Serviceeinrichtungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Medien und Wissenschaft gehören) arbeiten bisher erst 45% des Personals auf der Grundlage von Anstellungsverträgen (*pinyong hetong*), wurden also nach öffentlicher Ausschreibung angestellt. (RMRB, 14., 18., 20.12.04) -gs-

## 16 Bedeutung von Innovation betont

Mit einem Besuch bei der Chinesischen Akademie für Wissenschaften am 29. Dezember hat nach Ministerpräsident Wen (vgl. C.a., 2004/11, Ü 22) auch Staats- und Parteichef Hu Jintao die Bedeutung hervorgehoben, die die chinesische Führung der Entwicklung von Wissenschaft und Technologie beimisst. Die beschleunigte Entwicklung der eigenen wissenschaftlich-technologischen Innovationskapazitäten sei von äußerster Wichtigkeit für den Aufbau einer Gesellschaft bescheidenen Wohlstands, für die sozialistische Modernisierung und damit für das Mithalten in der weltweiten wissenschaftlichen Revolution. Hu forderte die Umsetzung der entsprechenden staatlichen Strategie, das Voranbringen der strukturellen Reformen des Wissenschaftssektors sowie die Ausweitung der Ausbildung von Fachkräften.

Auf diesem Weg will China, wie andere Meldungen zeigten, auch die Grundlagenforschung stärken. Im Jahre 1998 war ein „Staatlicher Plan für die schwerpunktmäßige Entwicklung der Grundlagenforschung“ (*Guojia zhongdian jichuyanjiu fazhan jihua*), der sog. „Plan 973“ (Verabschiedung im März 1997), aufgestellt worden. Die relativ späte Begründung dieses Plans kann als Ausdruck der chi-

nesischen Wissenschaftspolitik gewertet werden, bei der bisher der Schwerpunkt auf der anwendungsorientierten Forschung liegt. Nach offiziellen Statistiken wurden im Jahre 2003 für Forschung und Entwicklung 153,96 Mrd. Yuan (18,6 Mrd. US\$) ausgegeben oder 1,31% des BIP; davon nahmen die Ausgaben für die Grundlagenforschung 5,7% ein. Dieser Anteil soll in den nächsten Jahren durch vermehrte Investitionen – wie in den USA – auf 20% steigen. Im Rahmen des Plans 973 investierte die Regierung von 1998 bis 2003 3,3 Mrd. Yuan in 157 Projekte. Die Wissenschaftler in diesen Projekten publizierten 52.000 Aufsätze, davon 22.000 in ausländischen Wissenschaftsjournals.

Unter Leitung der damaligen Staatlichen Planungskommission sind in Kooperation der Wissenschafts- und Bildungsministerien mit der Akademie für Wissenschaften seit 1984 bis 2003 insgesamt 161 staatliche Schlüssellaboratorien (und sechs Piloteinrichtungen) für Grundlagenforschung geschaffen worden, in denen derzeit über 5.000 Wissenschaftler tätig sind und die jährlich Mittel in Höhe von über 2 Mrd. Yuan (241 Mio. US\$) erhalten. Von diesen wurden nun 12 geschlossen. Der stellvertretende Wissenschaftsminister Cheng Jipei begründete dies mit dem normalen Wettbewerb. Im Sinne des „survival of the fittest“ müssten eben die Laboratorien mit der geringsten Effizienz, mit schlechtem Management, wenigen Ergebnissen und großem *brain drain* geschlossen werden. Nur so könne ein hoher Forschungsstandard in den Einrichtungen erhalten bleiben. (XNA, 23.12.04; XNA, 29.12.04, nach BBC PF, 31.12.04) -gs-

## 17 Nationalbibliothek wird ausgebaut

Im Dezember wurde mit dem Erweiterungsbau der Nationalbibliothek in Beijing begonnen, die 1987 eröffnet worden war. Der Anbau, der die Bibliothek mit dann 250.000 qm Grundfläche zur drittgrößten der Welt machen soll, soll Ende 2007 vollendet sein. Die Gesamtinvestitionen werden auf 1,24 Mrd. Yuan (rund 150 Mio. US\$) geschätzt, der Neubau soll 11 Stockwerke umfassen (davon drei unter der Erde) und die Nutzerkapazität

um 8.000 Menschen erhöhen. Zugleich wurde mit der Errichtung der ersten nationalen digitalen Bibliothek begonnen. (XNA, 28.12.04) -gs-

## 18 Auslandsstudenten wollen nach China zurück

Den Ergebnissen einer Umfrage des chinesischen Jugendverbandes bei chinesischen Auslandsstudenten zufolge wollen 87,7% nach China zurückkehren. Nur 9,5% der rund 3.100 online Befragten gaben an, dass sie dies nicht unbedingt planten. Damit scheint sich ein Trend zu verfestigen, der sich seit der Jahrhundertwende andeutet. War vordem das Auslandsstudium das Ticket dafür, das Land verlassen zu können, so bieten sich aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung, die 70% der Rückkehrwilligen als Hauptgrund angaben, offensichtlich inzwischen hinreichend Karrierechancen im eigenen Land. Das heißt allerdings nicht, dass alle gleich nach ihrem Studium zurück nach China wollen; dies gaben nur 34,5% an, 54,1% wollen zunächst noch Arbeitserfahrungen im Ausland sammeln. Die von den Rückkehrern bevorzugte Stadt ist Shanghai, gefolgt von Beijing; Arbeitsplätze werden vor allem in ausländischen Unternehmen gesucht, es folgen private Unternehmen, Universitäten und Institute; öffentliche Einrichtungen und Parteiorganisationen rangieren an unterster Stelle der Beliebtheitsskala. Die, die im Ausland bleiben wollen, führten als Gründe das komplexe Netz persönlicher Beziehungen (*guanxi*), die gesellschaftlichen Bedingungen, das Rechtssystem und schlechte Lebensbedingungen an. Auf die veränderten wirtschaftlichen Zeiten verweist auch, dass acht von zehn Auslandsstudenten ihr Studium selbst finanzieren und nicht auf Regierungsstipendien angewiesen sind.

Shanghai ist nicht nur als große Boomstadt beliebt, es wurden in den Jahren seit 1992 auch vielfältige Maßnahmen ergriffen, um Auslandsstudenten in die Stadt zu holen. Dazu gehörten Vorzugsbedingungen für Unternehmensgründungen und andere Unterstützungsmittel, aber auch die Vereinfachung der Verfahren zur Erlangung einer Einwohnererlaubnis oder die Einrichtung besonderer Schulklassen für die Kinder der Rückkehrer.



Nach Angaben des Shanghaier Personalbüros sind bis Oktober 2004 über 50.000 chinesische Studenten aus dem Ausland nach Shanghai gekommen, ein Drittel aller Rückkehrer. Davon verfügten über 90% über einen Master- oder Dokortitel. Ein im Jahre 2003 begonnenes Projekt, in drei Jahren insgesamt 10.000 Auslandsstudenten zur Niederlassung in Shanghai zu bewegen, konnte bereits im ersten Jahr übererfüllt werden, es kamen 4.086 Personen. (XNA, 17.12.04; ST, 18.12.04; GMRB, 10.12.04) -gs-

## 19 Mangelnde Kenntnisse in Hochchinesisch

Einer Studie zufolge, die im August 1999 begonnen wurde und bei der über 160.000 Haushalte bzw. über 470.000 Personen in allen Festlandsprovinzen befragt wurden, sind nur 53% der Chinesen im Alter von 15 bis 69 Jahren in der Lage, auf Hochchinesisch (*putonghua*) zu kommunizieren. Mit anderen Worten spricht fast die Hälfte aller Chinesen die Hochsprache nicht. Bei der Studie des Staatlichen Komitees für die chinesische Sprache handelte es sich um die erste landesweite Untersuchung zur Nutzung von *putonghua* seit 1949 (vgl. auch <http://www.chinalanguage.gov.cn>). 86% der Surveyteilnehmer unterhalten sich in lokalen Dialekten und weitere 5,48% in Minderheitensprachen. Die Mehrheit der Bevölkerung benutzt *putonghua* nur für die Kommunikation im öffentlichen Raum, nur 18% der Befragten sprechen Hochchinesisch in der Familie, 42% am Arbeitsplatz. Von den Stadtbewohnern sprechen 66% *putonghua*, von den Landbewohnern nur 45%. Durchgesetzt hat sich die seit 1956 eingeführte vereinfachte Schreibweise der chinesischen Zeichen, nur 0,92% schreiben noch die traditionellen Zeichen und 3,84% nutzen beide Schreibweisen. 59% haben beim Lesen und Schreiben keine oder nur geringe Schwierigkeiten. Das Komitee zeigte sich optimistisch, dass sich die Hochsprache mit steigendem Bildungsstandard weiter durchsetzt; die Regierung versucht dies nun schon im siebten Jahr durch entsprechende Kampagnen zu fördern. (SCMP, 28.12.04) -gs-

## 20 Welt-AIDS-Tag

Mit Besuchen in Stationen mit AIDS-Kranken haben Ministerpräsident Wen Jiabao und diesmal auch Parteichef Hu Jintao erneut unterstrichen, dass sich die chinesische Führung der Bedeutung des Problems bewusst ist. Bereits vor einem Jahr hatte Wen am 1. Dezember, dem Welt-AIDS-Tag, AIDS-Kranken die Hand geschüttelt und damit nicht nur ein Zeichen gesetzt, dass bloßer Körperkontakt nicht zur Ansteckung führt, sondern auch eine Wende in der Anti-AIDS-Politik verdeutlicht. Noch im gleichen Monat hatte der zuständige Vizeminister Wu Yi auch die besonders betroffene Provinz Henan besucht. Im Laufe des Jahres 2004 war es dann zur Bildung eines Arbeitskomitees unter dem Staatsrat (26.2.) sowie zu programmatischen Rundschreiben und entsprechenden Konferenzen zuständiger Behörden gekommen. Wen selbst signierte einen Aufruf zur AIDS-Bekämpfung in allen großen Zeitungen am 9. Juli und ein Bericht des Gesundheitsministeriums vom 26. November deckte schwere Mängel im öffentlichen Bewusstsein auf. Am 29. November wurde daraufhin die Einführung eines mindestens einstündigen Pflichtkurses (pro Jahr) zu AIDS in allen Schulen beschlossen. Der Welt-AIDS-Tag gab nun Anlass zu einer neuen Kampagne, während der Kondome an öffentlichen Plätzen verteilt und das Methadonprogramm sowie das Programm zum Nadeltausch propagiert werden sollten.

Wen rief alle Regierungsabteilungen dazu auf, der AIDS-Bekämpfung Priorität einzuräumen; die Regierung musste allerdings zugleich eingestehen, dass die Kenntnis bei den Beamten der lokalen Ebene gering ist. Sie ließ daher 100.000 Broschüren verteilen. Kritiker, z.B. von der WHO, weisen aber darauf hin, dass die vermehrten Anstrengungen der Regierung sich vor allem auf die Erfassung der Kranken und weniger auf deren Hilfe konzentrierten. Auch gibt es laut Anklagen von chinesischen Anti-AIDS-Aktivistinnen immer noch staatlich gedeckten Bluthandel.

Veröffentlicht wurde auch ein Bericht, den das chinesische AIDS-Komitee gemeinsam mit der UN erstellt hatte. Danach wird die Zahl der Infizierten immer noch mit 840.000 für Ende 2003

angegeben (0,07% der Bevölkerung). Die Zahl der gemeldeten HIV-Fälle betrug Ende September 2004 89.067 und damit fast 10.000 mehr als am Ende des Vorjahres; 20.786 Personen waren ernsthaft erkrankt. Dabei sind die einzelnen Provinzen Chinas sehr ungleich betroffen: Während in Henan 20.000 und in Yunnan 10.000 infiziert sein sollen, werden für die Innere Mongolei, Ningxia, Qinghai und Tibet jeweils unter 100 Fälle angegeben. Die Zahlen spiegeln eine Verschiebung bei den betroffenen Gruppen oder, wohl eher, in deren Wahrnehmung wider. So sind die Drogensüchtigen mit 41,3% der berichteten Fälle zwar immer noch die hauptsächlich betroffene Gruppe, aber die Zahl derjenigen, die sich beim Blutspenden angesteckt haben, stieg von 24,1% im Vorjahr auf 31,1%.

Und weiterhin machen die Zahlen die Schwere der Epidemie deutlich. Von Januar bis Juni 2004 wurden 7.801 Fälle gemeldet, mehr als im ganzen Jahr 2003. Kritiker werfen der Regierung daher auch vor, die Zahlen zu schönen: Trotz des – auch zugegebenen – rapiden Anstiegs der Infektionen um 40% pro Jahr bleibe die Zahl der Infizierten gleich. Diese Wachstumsrate wird auch durch lokale Berichte, wie z.B. aus Beijing oder Guangdong, bestätigt. Erschreckend dabei ist, dass alle Berichte darauf hinweisen, dass sich die Epidemie begonnen hat von den Risikogruppen auf die allgemeine Bevölkerung und hier vor allem auf Frauen auszubreiten. (RMRB, 1.12.04; XNA, 28., 29.11., 1., 2.12.04; WSJ, 30.11., 1.12.04; SCMP, 30.11., 1.12.04; ST, 2.12.04) -gs-

## 21 Welt-Familien-Gipfel auf Hainan

In China sei die Familienpolitik Teil der nationalen Entwicklungsstrategie, erläuterte die stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses und Präsidentin des chinesischen Frauenverbandes Gu Xiulian den über 300 Delegierten aus 48 Ländern und Regionen, die vom 6. bis 8. Dezember in Sanya auf der Insel Hainan zum Welt-Familien-Gipfel der Welt-Familien-Organisation (WFO) zusammenkamen. Thema des Gipfels war die „Familie und die Millenniums Entwicklungsziele“,



zu denen an erster Stelle die Bekämpfung der Armut gehört. Der Gipfel beschäftigte sich umfassend mit der Lage der Familien in der Welt, also u.a. mit Analphabetentum, Mütter- und Kindersterblichkeit, Alterung und Gesundheitsfragen. In einer Abschlussdeklaration an alle Regierungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen wurde die Familie als Basiseinheit der Gesellschaft bezeichnet, die besonderen und umfassenden Schutz und Unterstützung erhalten müsse.

Für die künftige Entwicklung der Familien wurden ausgehend von UN-Statistiken weltweit drei Trends identifiziert: Familien werden kleiner, die Zahl der alten Menschen steige und ebenso die Zahl der Menschen, die außerhalb ihrer eigenen Nation leben. Dabei machen vor allem die Zahlen zur Größe der Familien die regionalen Unterschiede in der Welt deutlich: Sie beträgt in entwickelten Ländern 2,8, in Ostasien 3,7, in Südostasien 4,9, in der Karibik 4,1 und in Nordafrika 5,7 Personen. Bis 2050 werden global zwei Mrd. Menschen 60 Jahre und älter sein (derzeit sind es 600 Mio.), wobei ihr Anteil an der Bevölkerung dann in entwickelten Ländern 33% und in Entwicklungsländern 20% erreichen wird. Grenzübergreifend migriert seien schon heute 175 Mio. Menschen oder 3% der Weltbevölkerung. (XNA, 6., 8.12.04) -gs-

## 22 Hohe Spendenbereitschaft für Tsunami-Opfer

Die Spendenbereitschaft der chinesischen Bevölkerung ist auch für das Chinesische Rote Kreuz überraschend hoch. Bis zum 7. Januar wurden 105 Mio. Yuan (12,7 Mio. US\$) von Privatpersonen und Institutionen wie der China Development Bank gespendet, obwohl es traditionell ein großes Misstrauen gegenüber Hilfsorganisationen und deren korruptes Verhalten gibt. Möglicherweise hängt dies auch mit dem Engagement der Regierung zusammen, die selbst 63 Mio. US\$ Hilfe zusagte. An praktischer Hilfe wurden medizinisches Personal und Flugzeuge mit Hilfsgütern entsandt. (FAZ *Sonntagszeitung*, 9.1.04; FAZ, 5., 10.1.04; *Economist*, 8.1.04; XNA, 8.1.05) -gs-

## Außenwirtschaft

### 23 Kanzlerbesuch in China stärkt deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen

Bundeskanzler Schröder reiste im Dezember zum sechsten Mal während seiner Amtszeit nach China, auch diesmal in Begleitung einer umfangreichen Delegation von 43 Vertretern der deutschen Wirtschaft. Neben außenpolitischen Themen standen der Besuch von deutsch-chinesischen Kooperationsprojekten sowie der Abschluss von Wirtschaftsvereinbarungen auf dem Terminkalender des Kanzlers. (Siehe auch dazu die Übersicht „Schröder zu dreitägigem Arbeitsbesuch in Beijing und Nordostchina“ in diesem Heft).

Die Wirtschaftsabschlüsse umfassen 15 Aufträge und Vereinbarungen mit einem Volumen von rd. 3 Mrd. Euro. Daneben wurden sieben Abkommen über die Zusammenarbeit in beispielsweise Mittelstandsfragen, Verwaltung und Bankenaufsicht abgeschlossen. Zu den Aufträgen bzw. Vereinbarungen zählen

- die Lieferung von 23 Airbus-Jets (A319 und A330) im Werte von rd. 1 Mrd. Euro.
- Siemens erhielt den Auftrag, 180 Drehstrom-Lokomotiven zu bauen. Der Wert des Auftrages wird mit 550 Mio. Euro angegeben.
- Volkswagen will weiter in China expandieren und bis 2006 zwei neue Motorenwerke in Shanghai mit Investitionen von 500 Mio. Euro bauen.
- Gemeinschaftsprojekt der Fertigung der E- und C-Klasse von Daimler-Chrysler mit Automotive Industry Holding.
- Einweihung der Repräsentanz von der Unternehmensgruppe Georgsmarienhütte.
- Vereinbarung zwischen Berlin Wasser und der Stadt Hefei zur Übernahme, dem Bau und Vertrieb einer städtischen Kläranlage mit einem Volumen von 50 Mio. Euro.

- Lieferung einer Kohlewaschanlage durch Carl Schenck AG im Wert von 70 Mio. Euro.
- Verlängerung des Wartungsabkommens zwischen der Air China und Lufthansa für weitere 25 Jahre.

Nach wie vor entwickeln sich die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen in rasantem Tempo. Der bilaterale Handel erreichte in den ersten drei Quartalen des Jahres 2004 eine Steigerung um 33% und ein Niveau von 39,4 Mrd. US\$. In einer Rede auf dem Wirtschaftsforum in Beijing ging Bundeskanzler Schröder davon aus, das sich der bilaterale Handel bis zum Jahre 2010 verdoppeln wird.

China weist gegenüber Deutschland weiterhin einen Überschuss im Handel auf. Nach Angaben der Bundesbank lagen die Importe in den ersten neun Monaten d.J. aus China bei 22,3 Mrd. Euro und die deutschen Exporte nach China bei 15,9 Mrd. Euro. (HB, 7.12.04; NfA, 3., 7., 8.12.04)

Während der Kanzlerreise wurden jedoch auch die „kritischen“ Bereiche in den deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen angesprochen. Diese betreffen insbesondere Fragen des Schutzes geistigen Eigentums. (HB, 8.12.04) -schü-

### 24 Spektakuläre Übernahme der PC-Sparte von IBM durch Lenovo

Im Dezember wurde der Kauf des PC-Geschäfts des US-Unternehmens IBM durch den PC-Hersteller Lenovo für einen Preis von 1,75 Mrd. US\$ bekannt. Das chinesische Unternehmen Lenovo, das früher unter dem Namen Legend bekannt war, wird dadurch auf den dritten Rang der weltweit größten Anbieter von Personalcomputern katapultiert. Marktführer sind Dell und Hewlett-Packard, während Lenovo bisher überwiegend auf den asiatischen Märkten aktiv gewesen ist. Auch nach der Übernahme wird der Weltmarktanteil Lenovos bei 7% liegen, während Dell 16% und Hewlett-Packard 14% aufweisen. Der Jahresumsatz Lenovos wird nach der Übernahme bei 12 Mrd. US\$ liegen.

Der Abschluss sieht vor, dass Lenovo über einen Zeitraum von fünf Jahren